



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Transparenz für alle in der 24-Stunden-Betreuung - Bündnis gegen die illegale Beschäftigung**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) eine sektoren- und organisationsübergreifende Arbeitsgruppe einzurichten, die Lösungsansätze erarbeitet, um unregulierte und intransparente Arbeitsverhältnisse, aufzudecken. Unter Federführung des StMGP und Vertreterinnen bzw. Vertreter pflegender Angehöriger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), Vermittlungsagenturen, freier Wohlfahrtsverbände und ambulanter Pflegedienste soll sich die interdisziplinäre Arbeitsgruppe primär mit folgenden Aspekten befassen:

- den Vermittlungsmarkt in Bayern auf den Prüfstand stellen
- Zertifizierung durch Qualitätssiegel für Anbieter/Vermittlungsagenturen
- gezieltere Kampagnen und Aufklärungsarbeit für alle Betroffenen
- Informationsstellen, z. B. an den Gesundheitsämtern/Pflegestützpunkten einrichten
- Social Media-Präsenz stärken

### **Begründung:**

Die Betreuung Pflegebedürftiger durch ambulante Dienste hat enorm an Bedeutung gewonnen. Der demografische Wandel wird das Bevölkerungsbild aller Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern verändern. Lt. der Pflegestatistik 2017 gab es in Bayern knapp 400.000 Pflegebedürftige und die Zahl der Älteren (65+ Jahre) wird voraussichtlich bis 2035 um 40 Prozent bzw. um rund 1 Mio. zunehmen. Von den rund 400.000 Pflegebedürftigen in Bayern werden knapp 100.000 durch ambulante Pflegedienste versorgt. Der steigende Bedarf an gesundheitlicher Versorgung, medizinischer und pflegerischer Leistungen wird unweigerlich zunehmen.

Nach Einschätzung häuslicher Pflegeverbände haben nur etwa 10 Prozent der schätzungsweise rund 600.000 ausländischen Betreuungspersonen, die in Deutschland als 24-Stunden-Pflege („Live-ins“) in deutschen Haushalten arbeiten einen richtigen Arbeitsvertrag. Mit einer interdisziplinären Arbeitsgruppe sollen Verbesserungsvorschläge erarbeitet werden, wie der illegalen Beschäftigung von Hilfskräften in der häuslichen Versorgung künftig begegnet werden kann. Es soll darum gehen Informationslücken zu schließen, offen darüber zu kommunizieren und Wegweiser für pflegende Angehörige

zu erstellen. Gleichzeitig muss es darum gehen, die arbeitssuchenden Frauen und Männer, zumeist aus dem osteuropäischen Raum, so zu unterstützen, dass sie sich nicht (vielleicht auch aus Unwissenheit) in die Grauzone zwischen Illegalität und Legalität begeben.

Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) gab 2017 in einer Studie zu Schwarzarbeit bekannt, dass die Betreuung von Senioren auf Platz drei der Schattenwirtschaft liegt. 2017 hat die Stiftung Warentest 13 Vermittlungsagenturen in Deutschland getestet. Ein Ergebnis war, dass keine Agentur ihre Kunden, vor allem über rechtliche und finanzielle Aspekte, gut informiert. Pflegende Angehörige sind die tragende Säule in der pflegerischen Versorgung. Der Wunsch der Pflegebedürftigen, so lange wie möglich zu Hause versorgt zu werden und den pflegenden Angehörigen ausreichend Unterstützung zu bieten, soll gewährleistet werden. Nun sind es jedoch berufliche, persönliche oder sonstige Gründe, weshalb Angehörige die Versorgung nicht immer selbst sicherstellen können. Vor allem, wenn eine 24-Stunden-Pflege erforderlich ist, welche die ambulanten Dienste nicht gewährleisten können bzw. auch die Kosten so hoch sind, greift der Markt beim Einsatz besonders osteuropäischer Pflegehilfen. Die Entwicklung auf dem Markt der 24-Stunden-Pflege ist bis heute rechtlich nicht adäquat abgebildet und es hat sich ein „grauer“ Bereich zwischen Schwarzmarkt und legalen Angeboten etabliert. Viele private Vermittlungsagenturen bieten Dienstleistungen häufig über das Internet an und die Nachfrage steigt. Häufig sind es Angebote billiger osteuropäischer Hilfskräfte, die den hiesigen Pflegemarkt beeinflussen. Neben dem Qualitätsaspekt, wenn bspw. Haushaltshilfen pflegerische Tätigkeiten übernehmen, stehen diese Anbieter häufig in Konkurrenz zu örtlichen, ambulanten Pflegediensten. Viele ambulante Pflegedienste arbeiten bereits am finanziellen Limit und der notwendige Ausbau der professionellen ambulanten Pflegedienste darf nicht durch Billigkonkurrenz gefährdet werden. Pflegende Angehörige greifen oft auch aus Kostengründen auf diese Vermittler zurück und werden unzureichend aufgeklärt über notwendige finanzielle und rechtliche Aspekte. Bei den vermittelten Pflegekräften handelt es sich jedoch in der Regel nicht um entsprechend nach deutschen Standards ausgebildete Pflegefachkräfte. Es sind Haushalts- und Betreuungshilfen, die Unterstützung in den alltäglichen Aufgaben in der häuslichen Pflege übernehmen sollen. Zunehmend sind die Live-ins jedoch auch mit dementiellen oder anderen gerontopsychiatrischen Krankheitsbildern konfrontiert und oft damit überfordert. Es folgt dann eine psychische und physische Überlastung im häuslichen Arbeitsverhältnis, was eine Regulierung der Arbeitszeiten umso wichtiger macht. Unregulierte Arbeitsverhältnisse bedeuten zudem keine Sozialversicherung, eine ungerechte Entlohnung und fehlende Absicherung durch deutsche Arbeitszeitgesetze. Es entstehen Scheinselbstständigkeiten, in denen die Ausführung der Dienstleistungserbringung zu Konflikten mit der Gesetzgebung führen kann. Das informelle Arbeitsverhältnis wird in der Branche als größter Bereich gezählt. Hierbei liegen keinerlei schriftliche Vertragsgrundlagen vor. Die steigende Gefahr, an einer Depression zu erkranken, die sich oft durch die Isolation der zumeist weiblichen Arbeitnehmerinnen ergibt, darf ebenso nicht unterschätzt werden.

Allen muss klar sein, dass ohne diesen „Grauen Pflegemarkt“ die häusliche Versorgung zusammenbrechen würde, gerade auch in Anbetracht des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels in Deutschland. Allerdings darf politisch nicht gewollt sein, dass Schwarzarbeit geduldet wird. Das bedeutet, wir müssen für politische Rahmenbedingungen sorgen und dürfen das Thema nicht weiter tabuisieren. Betroffenen Familien und Haushalten muss flächendeckend eine qualitätsgesicherte und bedarfsdeckende häusliche Pflege angeboten werden. Der „Graue Pflegemarkt“ darf nicht zum Ersatz für notwendige Strukturreformen in der professionellen Pflege führen.